

Kassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei sämtlichen Postanstalten
jährlich 81 Pfg. Bei freier Bestellung
im Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redaktion: Guido Seidler in Biebrich.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Anzeigenpreis: f. d. 6. Spalte, Colossalgröße
ab 1000 Pfg. 15 Pfg. Reklamezeile 80 Pfg.
Redaktion und Expedition:
Biebrich a. Rh., Rathausstraße Nr. 16.
Telephon Nr. 41.

Ämtliches Verkündigungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biebrich und Hochheim und die Landgemeinden Artingen, Biersdorf, Breckenheim, Dalheim, Drieden, Driedenberg, Drogenheim, Eddersheim, Erbenheim, Hirschheim, Kranenfeld, Georgenborn, Hehlach, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Nauhof, Nordenstadt, Rimbach, Schierstein, Semmenberg, Walfau, Weibach, Wied, Wildschaff.

Nr. 35.

Donnerstag, den 21. März 1918

Postfachkonto:
Frankfurt (Main) Dr. 10114.

18. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 131.

Auf Grund des § 14, letzter Satz der Polizeiverordnung zum
Hochwassergesetz (Hochwasserordnung) vom 29. März 1917 (Regierungs-
anblatt Seite 101) wird die Frühjahrsfischerei in den Flüssen
Main, Main, Bohn und Ridda innerhalb des Regierungsbezirks
Wiesbaden für dieses Jahr aufgehoben.
Wiesbaden, den 7. März 1918.

Der Regierungspräsident.

Nr. 132.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 15. März 1918
— Kreisblatt Nr. 33, Ziff. 123 — findet die Musterung für
Biebrich in der alten Turnhalle wie folgt statt:

Am Dienstag, den 2. April 1918, für die Landsturmpflichtigen
des Geburtsjahrganges 1900 aus Biebrich mit den Anfangsbuch-
staben A bis einsch. N.

Am Mittwoch, den 3. April 1918, für die Landsturmpflichtigen
des Geburtsjahrganges 1900 aus Biebrich mit den Anfangsbuch-
staben O bis einsch. Z; außerdem die Landsturmpflichtigen des
Geburtsjahrganges 1900 aus den Gemeinden Kranenfeld und
Schierstein.

Mit Rücksicht auf die erhöhte Zahl der in Hochheim zur Vor-
stellung gelangenden Landsturmpflichtigen müssen die Betreffen-
den schon vormittags um 7 Uhr pünktlich zum Versammlungs-
lokal Burg Ehrenfels anwesend sein. Die Herren Bürger-
meister ersuche ich um wiederholte Veröffentlichung.
Wiesbaden, 19. März 1918.

Der Vorsitzende der Ersatzausschüsse
des Aushebungsbereichs Wiesbaden Land:
von Heimburg.

Nr. 133.

An die Magistrate und Gemeindevorstände.
Die Landwirtschaftskammer hat die Erhebung von 1% (zehn-
achtel Prozent) des Grundsteuer-Reinertrags als Beitrag zur Land-
wirtschaftskammer für das Rechnungsjahr 1918 beschlossen. Der
Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat diesen
Beschluss genehmigt.

Beitragspflichtig sind nach § 18 des Gesetzes vom 30. Juni 1894
— Gel.-S. 126 — und § 3 des Statuts der Kammer — Gel.-S.
1893 S. 463 — die aus Land- oder forstwirtschaftlich genutzten
Grundstücken bestehenden Besitzungen, die im Bezirke der Landwirt-
schaftskammer (Regierungsbezirk Wiesbaden) zu einem jährlichen
Grundsteuer-Reinertrage von 20 Talern oder mehr oder für den
Fall rein forstwirtschaftlicher Nutzung zu einem jährlichen Grund-
steuer-Reinertrage von mindestens 50 Talern veranlagt sind.

Zu den beitragspflichtigen Besitzungen gehören nach einem
am 28. Juni 1913 ergangenen Erlasse des Herrn Landwirtschafts-
ministers auch solche, die dem Betriebe der Gärtnerei dienen, da
zwischen Landwirtschaft im engeren Sinne (Freibau) und Gärtnerei
kein Unterschied in dem Grade der Bodenbenutzung besteht.

Grundbesitzbesitzer mit einem Grundsteuer-Reinertrage von min-
destens 20 Talern sind daher ohne Ausnahme in die Hebeliste mit-
aufzunehmen.

Die Heranziehung zu dem Beitrage erfolgt nach dem Nachstabe
des mit Wegfall der Steuerbefreiung abzurufenden Grundsteuer-
Reinertrages der beitragspflichtigen Besitzungen.

Die Beitragspflicht ist in der Gemeinde zu erfüllen, in deren
Bezirk die beitragspflichtige Besitzung liegt. Dies gilt auch für die
in einem beitragspflichtigen Gesamtbesitz ausmachenden Forstbesit-
zungen. Nur der in seinen einzelnen Teilen eine beitragspflichtige
Besitzung nicht ausmachende Forstbesitz ist am Wohnorte des Be-
sitzers zu veranlagern.

Für die Besitzungen des Forstwesens, des Domänenwesens und
des Zentralstudienfonds wird der Beitrag von der königlichen Re-
gierung hier im ganzen berechnet und durch die Regierungs-Haupt-
kasse an die Landwirtschaftskammer gezahlt.

Die Magistrate und Gemeindevorstände haben die Hebeliste so-
fort aufzustellen und den Stadt- und Gemeindevorstand mit der Er-
hebung der Beiträge zu beauftragen, sowie dafür zu sorgen, daß die
Beiträge nach Abzug einer Hebervergütung von 3 Prozent der er-
höhten Beiträge unter Beifügung der Hebeliste bis zum 1. Mai
d. J. an die königliche Kreiskasse hier abgeliefert werden. Die
Hebervergütung steht der Gemeinde zu und ist zur Gemeindefürsorge
zu verwenden.

Zur Aufstellung der Hebeliste ist das vorgeschriebene Formular
zu verwenden, welches in entsprechender Weise mit der Hebeliste
für 1918 überliefert werden wird. Auch diese Liste ist bei der Ab-
lieferung der Beiträge an die königl. Kreiskasse abzugeben.

Die Berechnung und die Einreichung der Beiträge hat nach
Maßgabe des § 18 des Gesetzes vom 30. Juni 1894 und der in den
Ministerialerlassen vom 14. April 1895 und 17. Mai 1899 — Bgl.
meine Kreisblatts-Befehle vom 6. Mai 1897, Nr. 316 in Nr. 34
von 1897, und vom 10. Juli 1899, Nr. 392 in Nr. 44/82 — ge-
gebenen Bestimmungen zu erfolgen.

Die Aufforderung zur Zahlung des Beitrages ist an den Eigen-
tümer der beitragspflichtigen Besitzung zu richten, einerseits, ob er
selbst wirtschaftet oder die Besitzung ganz oder teilweise an eine oder
mehrere Personen verpachtet hat. Hat sich indessen der Eigentümer
mit dem Pächter dahin geeinigt, daß letzterer den Beitrag zahlen
soll, so kann die Zahlungsaufforderung auch unmittelbar an den
Pächter ergehen, sofern der Verpächter vorher der Gemeindebe-
hörde eine entsprechende Mitteilung gemacht hat; doch bleibt der
Eigentümer immer für den richtigen Eingang des Beitrages haftbar.
Wiesbaden, den 16. März 1918.

Der königliche Landrat,
von Heimburg.

3. Nr. II. 399/1.

Nr. 134.

Die Magistrate und Gemeindevorstände ersuche ich, mir die mit
der vorgeschriebenen Bescheinigung und dem Gemeindefiegel ver-
sehenen Verzeichnisse über die fälligen Waisenpflegscheide für das zu
Ende gehende Vierteljahr bis zum 25. d. Mts. bestimmt einzureichen.
Fehlende Verzeichnisse sind nicht erforderlich, auch bedarf es keines Begleit-
scheins zur Einreichung der Verzeichnisse.

Die Bescheinigung hat zu lauten: „Die vertragsgemäße Ver-
pflückung und Erziehung der vorgenannten Waisen während der
oben bezeichneten Zeit bescheinigt.“ Sie kann schon am 20. des
letzten Vierteljahrsmonats ab ausgestellt werden. Ich erwarte da-
her, daß die Einreichung der Verzeichnisse pünktlich zu dem gestellten
Termine erfolgt.

Wiesbaden, den 16. März 1918.

Der königliche Landrat,
von Heimburg.

3. Nr. II. 395/1.

Nr. 135.

Der Bulle der Gemeinde Wied, Schwarzraben, Niederungsstraße,
18 Monate alt, ist bei der Rötung auf Grund der Polizei-Verord-
nung vom 12. Juni 1911, als zuchttauglich anerkannt worden.

Wiesbaden, den 15. März 1918.

Der königliche Landrat,
von Heimburg.

3. Nr. II. 384/1.

Nr. 136.

Bekanntmachung.

Der dem Hiegeverein in Schierstein gehörende Hiegeboden
mit der Ohrmarke 2 P. 18 ist auf Grund der Polizei-Verordnung
vom 21. Februar 1911 angelegt und als zuchttauglich befunden
worden.

Wiesbaden, den 16. März 1918.

Der königliche Landrat,
von Heimburg.

3. Nr. II. 400/1.

Nr. 137.

Wichtig für Seifenhändler!

Der Ueberwachungsausschuss der Seifenindustrie wird mit Be-
stimmung des Reichskanzlers einmündig eine zufällige Menge von
50 Gramm K.-A.-Seife für die Person zur Verteilung bringen. Die
Verbraucher sollen durch diese Aufnahme für den Ausfall der auf
125 Gramm herabgesetzten Seifenpulvermenge entschädigt werden,
da infolge des Seifenmangels an eine Herausgabe der Seifen-
pulvermenge vorläufig nicht zu denken ist. Die Abgabe soll gegen
Vorlage des Mittelscheins der gültigen Seifenkarte erfolgen, wobei
auf dieses durch Stempel oder handschriftlich der Vermerk gesetzt
wird: „50 Gramm Feinseife April 1918“. Die zufällige Menge
K.-A.-Seife kann der Händler durch die bisherigen Bezugsquellen
beziehen, wozu die Einreichung der Empfangsbestätigungen aus-
nahmesweise nicht nötig ist. Die amtliche Verordnung, welche die
Abgabe der erhöhten Feinseifenmenge an das Publikum gestatten
wird, ist Anfang April zu erwarten.

Ich ersuche die Ortspolizeibehörden, den Seifenhändlern ihres
Bezirks hiervon Nachricht zu geben.
Wiesbaden, den 15. März 1918.

Der königliche Landrat.

Nr. 138.

Kaisergeburtstagspende

für deutsche Soldatenheime an der Front.

Bei der unterzeichneten Kasse gingen ferner ein von:

Herrn Lehrer Schmidt, Eddersheim	„ 82.45
Herrn Detan Hahn, Driedenberg	„ 59.25
Herrn Pfarrer Bömel, Walfau	„ 106.—

Zusammen „ 247.70

Wiesbaden, den 16. März 1918.

Die Kreiskommunikations-
Kasse.

Nichtamtlicher Teil.

Rede des Reichskanzlers in der Reichstags- sitzung vom 19. März.

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling: Meine Herren! Als
ich zum ersten Male an dieser Stelle sprach, am 29. November
vorigen Jahres, konnte ich dem Reichstage die Mitteilung machen,
daß die russische Regierung an sämtliche kriegsführende Mächte den
Vorschlag habe gelangen lassen, in Verhandlungen über einen Waf-
senstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Wir haben
mit unseren Verbündeten den Vorschlag angenommen und alsbald
Delegierte nach Brest-Litowsk geschickt, die bis dahin mit Rußland
verbündeten Mächte blieben fern. Der Verlauf der Verhandlungen
ist den Herren bekannt. Sie erinnern sich der endlosen Reden,
welche nicht so sehr für die dort versammelten Delegierten als für
die breitesten Öffentlichkeit bestimmt waren, und das anstrengende
Ziel einer Verständigung immer weiter in die Ferne rücken, an
die wiederholten Unterbrechungen, den Abbruch und die Wieder-
aufnahme der Verhandlungen. Man war an einen Punkt gelangt, wo
das Entweder — oder gesprochen werden mußte. Am 3. März er-
folgte der Friedensschluß mit Rußland in Brest-Litowsk. Am 16.
März ist er von der zuständigen Versammlung in Moskau ratifi-
ziert worden. Es ist nicht meine Absicht, auf die Beurteilung ein-
zugehen, welche der Frieden mit Rußland bei den feindlichen Mäch-
ten gefunden hat, wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist
und die Unmoralität sich bis zur Brutalität gesteigert hat, wo

man im selben Augenblick, da man die drückende Hand auf ein neu-
trales Land zu legen im Begriffe ist, von der vollkommenen Selbst-
losigkeit der befolgten Politik zu reden mag. Da muß jeder Ver-
such einer ruhigen Aussprache, jede sachliche Erwägung scheitern.
Und wenn eine Depesche aus Washington geglaubt hat, dem in
Moskau versammelten Kongreß die Sympathie der Vereinigten
Staaten in dem Augenblick auszusprechen zu sollen, wo, wie es darin
heißt, die deutsche Macht sich angestrengt hat, den Kampf um die
Freiheit um seinen Erfolg zu bringen, so lege ich auch das ruhig zum
Überfließen. Wir haben keinen Augenblick daran gedacht und denken
nicht daran, den berechtigten Wünschen und Bestrebungen des vom
Jahreszeiten befreiten Ausland entgegenzutreten. Wir wünschen, wie
ich schon am 29. November vorigen Jahres gesagt habe, dem schwer-
geprüften Lande die Rückkehr ruhiger und geordneter Verhältnisse
und beklagen es schmerzlich, wenn diese noch in weiter Ferne zu
liegen scheinen und vielerorts entsetzliche Zustände eingetreten sind.
Ich wende mich nunmehr dem Vertrage selbst zu. Wie Sie, meine
Herren, sofort erkennen haben, enthält derselbe keinerlei für Ausland
erniedrigende Bedingungen, nichts von drückenden Kriegskosten,
Entschädigungen, keine gewaltsame Aneignung russischer Gebiete.
Wenn eine Reihe von Randstaaten aus dem russischen Staatsver-
bande auscheiden, so entspricht dies dem eigenen von Rußland selbst
anerkannten Willen dieser Länder. Diesen gegenüber stehen wir
auf dem von mir schon früher zum Ausdruck gebrachten Stand-
punkte, daß sie sich unter dem mächtigen Schutze des Deutschen
Reiches die staatliche Gestaltung geben mögen, welche ihren Ver-
hältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. In Rußland
ist die Entwicklung am weitesten vorangeschritten. Wie bekannt,
ist vor wenigen Tagen eine von dem kaiserlichen Landrat als der
als unabhängig anerkannten Körperschaft entsandte Deputation hier
erschieden. Sie hat die Auflösung des Landes aus den bisherigen
staatlichen Verbindungen erklärt und den Wunsch nach einer wirt-
schaftlichen, militärischen und politischen Verbindung mit Deutsch-
land ausgesprochen. (Beifall.) In der Antwort, mit welcher mich
Seine Majestät der Kaiser als den völlerrechtlichen Vertreter des
Reiches beauftragt hatte, habe ich die Selbständigkeit Rußlands an-
erkannt und von der angestrebten engen Verbindung an das
Deutsche Reich, welche ja den alten auf Jahrhunderte zurückgehen-
den kulturellen Beziehungen entspricht, mit Dank und Freude
Kenntnis genommen, die letzte Entscheidung über die politische Aus-
gestaltung aber vorbehalten, bis sich die dortigen Verhältnisse weiter
festgestellt und die verfassungsmäßig zuständigen Faktoren aller-
seits Stellung genommen haben werden. Das Litauen betrifft,
so ist ein Beschluß, welcher den engen Anschluß an das Deutsche
Reich in wirtschaftlicher und militärischer Verbindung mit ihm vor-
sah, schon im vorigen Jahre gefaßt worden. Ich erwarte in den
nächsten Tagen eine Deputation des dortigen Landrates, die
diesen Beschluß neuerdings bekannt geben soll, worauf dann ebenso
die Anerkennung Litauens als ein unabhängiges staatliches Gebilde
erfolgen würde. Die weitere Entwicklung der politischen Aus-
gestaltung warten wir in Ruhe ab. Etwas anders liegen die Dinge
in Estland und Lettland. Diese beiden befinden sich östlich
der im Friedensvertrag vereinbarten Grenzlinie, werden aber, wie
Art. 6 des Vertrages mit Rußland besagt, von einer deutschen Voll-
macht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landesver-
richtungen gewährleistet ist. Wodurch wird auch für diese Länder
der Augenblick für ihre politische Neuorientierung gekommen sein. Wir
hoffen und wünschen, daß auch sie sich in ein neues freundschaftliches
Verhältnis zum Deutschen Reich stellen werden, das aber die
freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen zu Rußland nicht
ausgeschlossen. Nun noch ein kurzes Wort über Polen, das freilich
im Friedensvertrag nicht ausdrücklich genannt ist. Bekanntlich ist
es die Proklamation der beiden Kaiser vom 25. November 1916
gewesen, welche die Selbständigkeit des Landes vor aller Welt ver-
kündet hat. Daraus folgt, daß die nähere Ausgestaltung des neuen
Staatswesens nur auf Grund gemeinsamer Verhandlungen zwischen
Deutschland und der Donaumonarchie einerseits und Polen ander-
seits erfolgen kann. Neuerdings sind aus politischen Kreisen Polens
Anregungen zur Gestaltung unseres zukünftigen Verhältnisses an
die Regierung und die Mitglieder des Reichstages gelangt. Wir
werden gern prüfen, ob und wie weit sie sich mit den von beiden
Regierungen verfolgten Zielen werden vereinbaren lassen, den Zielen
mit dem neu entstandenen Staat, unter Sicherstellung unserer
Interessen dauernd in guten nachbarlichen Beziehungen zu leben.
Alles weitere wird Unterstaatssekretär Excellenz Busche mitteilen.
Ich komme meinerseits zum Schluß. Meine Herren! Wenn Sie,
wie ich nicht zweifle, den vorgelegten Berichten ihre Genehmigung
geben werden, wenn dann auch bald der Friede mit Rumänien zum
Abschluß bereit sein wird, so ist das zur Tatsache geworden, was
ich am 24. Februar als in naher Aussicht stehend verkünden durfte.
dann ist der Friede auf unserer ganzen Ostfront hergestellt. (Bravo!)
Geben wir uns aber keiner Täuschung hin! Der Weltfriede ist noch
nicht da. Noch zeigt sich in den Staaten der Entente nicht die ge-
ringste Neigung zur Beendigung des furchtbaren Kriegshandwerks,
immer noch scheint ihr Ziel zu sein, zu kämpfen, bis zu unserer Ver-
nichtung. Wir werden darüber den Mut nicht verlieren. (Beifall.)
Geben wir uns aber keiner Täuschung hin! Wir sind bereit, weitere
schwere Opfer zu bringen. (Bravo!) Gott, der mit uns gewesen,
Gott wird uns auch weiter helfen. Wir vertrauen auf unsere ge-
rechte Sache und auf unser unvergleichliches Heer, seine helden-
mütigen Führer und Truppen, wir vertrauen auf unser standhaftes
Volk. Die Verantwortung aber, meine Herren, ich habe es schon
damals gesagt, am 24. Februar, die Verantwortung für das Blut-
vergießen wird auf die Häupter aller derer fallen, die die Fort-
setzung des Blutvergießens wollen. (Stürmischer Beifall im ganzen
Hause mit Ausnahme der äußersten Linken.)



Es braust ein Ruf wie Donnerhall

durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur
einen Willen, eine Pflicht:

Kriegsanleihe zeichnen!

Die Kriegslage.

Der Dienstag-Tagesbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ab Amlich, Großes Hauptquartier, 12. März.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Sturmtruppen preussischer, bayerischer und sächsischer Divisionen führten in Flandern erfolgreiche Erkundungen aus und nahmen dabei mehr als 300 Belgier gefangen. Von der Küste bis zum La Bassee-Kanal war der Feuerkampf am Abend gesteigert. In der übrigen Front blieb er in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und von Gollwitz.

Bei Juvin-court holten Brandenburger Stoßtruppen nach hartem Kampf 20 Gefangene aus den feindlichen Gräben. Das Artilleriefeuer lebte beiderseits von Helms und in der Champagne zitternd auf. In der Nordfront von Verdun nahm es an Stärke zu; wie letzten unsere Erkundungen fort. Sächsische Abteilungen brachten auf dem Ostufer der Maas 56 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An vielen Stellen der lothringischen Front, in den Vogesen und im Sundgau rege Tätigkeit der Franzosen.

Wir schossen gestern im Luftkampf und von der Erde aus 23 feindliche Flugzeuge und 2 Jettballone ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Tauchbootskrieg.

Ab Berlin, 18. März. Im Sperrgebiet um England vernichteten unsere Unterseeboote

19000 Bruttoregistertonnen

feindlichen Handelsschiffsräume.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ab Berlin, 18. März. Kürzlich wurden von einem unserer U-Boote im Kanal zwei englische Segler versenkt, die von Frankreich nach englischen Häfen bestimmt waren. Beide waren mit Lebensmitteln nur sehr knapp ausgerüstet. Das vorgefundene französische Kriegsbrot sah grau aus und hatte eine bröckelige Form. Es hatte einen bitteren unangenehmen Geschmack. Der an Bord vorgefundene Kaffee-Erlaß bestand nach Aussage des einen Kapitäns aus Kaffeebohnen. Zucker war nicht vorhanden. Dafür bildete Syrup das Ersatzmittel. Von Fetten wurde unter den Proviantbeständen nur Margarine festgestellt. Sie war in ganz geringer Menge vorhanden und hatte einen sehr schlechten Geschmack. Die ganz mangelhafte Lebensmittelausrüstung der beiden Schiffe ließ einen guten Schluss auf die Ernährungsschwierigkeiten in Frankreich zu. Daß auf beiden Seglern zwei 12jährige Jungen angemustert waren, ist ein neuer Beweis für die Mannschaftsnot der feindlichen Handelsflotte.

Der Friede mit Rußland.

Ab Berlin, 18. März. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten hat an die auswärtigen Minister in Wien und Berlin folgenden Botschaft gerichtet: Am 16. März 1918 hat der außerordentliche österreichische Kongreß der Sowjets der Arbeiter, Soldaten, Bauern und Kolonien in der Stadt Moskau den Friedensvertrag mit Rußland, der am 2. März des Jahres in Brest-Litowsk mit den Mächten des Bundes geschlossen wurde, ratifiziert.

Ab Moskau, 16. März. Reuter. Der vom Kongreß der Sowjets gefasste Beschluß über die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland billigt die Haltung des Rates der Volkskommissare bei der Unterzeichnung des schmerzlichen, Rußland durch ein Ultimatum und durch Gewalt aufgezwungenen Friedens und erklärt es als Pflicht der Arbeitermächte, eine Wille zur Verteidigung des Landes gegen imperialistische Angriffe zu erteilen, zu welchem Zwecke alle Personen beiderlei Geschlechts eine militärische Ausbildung erhalten sollen.

Petersburg, Reuter. Joffe, der frühere Vorsitzende der Friedensdelegation in Brest-Litowsk, wurde zum Botschafter in Berlin ernannt.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Ab Bukarest, 17. März. Der König von Rumänien ließ Marghiloman nach Jassy kommen und erklärte ihm ein neues Ministerium zu bilden. Marghiloman erbat sich Bedenkzeit und ist nach Bukarest zurückgekehrt, um mit den Vertretern der Rumänischen Föderation zu verhandeln. Es haben eingehende Besprechungen stattgefunden. Heute abend wird Marghiloman wieder nach Jassy reisen und nach nochmaligem Vortrag beim König seine Entscheidung treffen.

Die Konferenz in London.

Ab Paris, 18. März. Meldung der Agence Havas. „Echo de Paris“ meldet: Auf der Reise nach England war Clemenceau begleitet von Blaton und den Generalen Foch und Noguès als Vertreter Frankreichs, Orlando, Villafra und Blonchi als Vertreter Italiens und General Biss als Vertreter der Vereinigten Staaten; die Minister Loucheur, Bessières und Clavelle waren ebenfalls in London. Von Donnerstag bis Freitag fanden wichtige Besprechungen unter dem Vorsitz von Lloyd George statt. Bei seiner Rückkehr nach Paris sagte Clemenceau, er habe eine gute Reise gehabt; das Einvernehmen wäre vollkommen.

Die am Donnerstag, Freitag und Samstag voriger Woche abgehaltene Konferenz der Entente hat die Veröffentlichung einer Erklärung beschlossen. Diese Erklärung gibt an, daß die Regierungen der Entente die Verhandlungen Deutschlands mit Rußland und Rumänien nicht zur Kenntnis nehmen, daß sie den Krieg zur Befreiung aller Völker fortsetzen und daß sie ihren eigenen Völkern empfehlen, das Vertrauen zu bewahren, daß die Armeen der Entente mächtig genug sind, um auf den Schlachtfeldern den Triumph der Zivilisation zu vollenden.

Holland und Amerika-England.

Annahme des Verbands-Ultimatums.

Holland hat die Forderung der Alliierten vorläufig bis zum 15. April genehmigt, aber nicht ohne auch seinerseits ergänzende Bedingungen zu stellen.

Als erste Bedingung hat es gefordert, daß auf jeden Fall genügend Schiffsraum für Holland selbst übrig bleiben soll. Dabei ist laut der Londoner Vereinbarung für Holland zur Verfügung gestellten Rohstoffe und Getreidevorräte auf holländischen Schiffen nach Holland gebracht werden können.

Die zweite Bestimmung ist, daß die holländischen Schiffe genügend Bunker Kohlen erhalten werden.

Dritte Bestimmung ist, daß auf holländischen Schiffen keine Truppen und keine Kriegsmaterialien in die Gefahrgone befördert werden sollen.

4. Daß die holländischen Schiffe nicht armiert werden dürfen; 5. daß es den Besatzungen dieser Schiffe frei stehen solle, zu bestimmen, ob sie in der Gefahrgone fahren wollen oder nicht; 6. eventuell verloren gehende Schiffe werden sofort nach Friedensschluß ersetzt.

Abn. Zu der Annahme des Verbands-Ultimatums durch Holland sagt die „Kölnische Zeitung“: Damit hat Holland dem Verband nicht nur den kleinen Finger gereicht, sondern mindestens eine Hand. Auch Griechenland handelt einst so und begab sich damit seiner Freiheit und Unabhängigkeit. Alle Einschränkungen, die Holland jetzt macht, mögen zugestanden werden. Die Verbandsregierungen werden sie bald zu überbieten wissen und Holland wird sich Griechenland werden Wachs in ihren Händen. Daran wird die Festlegung der holländischen Regierung nichts ändern, daß sie weiter nicht gehen mögen und können. Auf die Frage, ob Deutschland innerhalb zweier Monate an Holland 200 000 Tonnen Weizen liefern könne und wolle, möchte Holland die Antwort von vornherein klar sein, denn es weiß, daß wir nicht im Hunger leben und abzuwarten. Die Amalgamierung Hollands in Ehren, die deutsche Regierung wird ihrerseits nicht ansetzen, an Holland und den tonnagefähigen Verband die Antwort zu erteilen, die es für nötig findet. Unsere Tauchboote werden auch mit diesem Schiffszwangs (1 Mill. Tonnen) fertig werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ äußert: Bei aller Würdigung der tatsächlich schwierig gewordenen Lage Hollands, muß von der deutschen Regierung erwartet werden, daß sie mit unbedingter Entschiedenheit die im deutschen Lebensinteresse stehende Forderung aus der tatsächlich der Realpolitik verlegenden Haltung zieht.

Die deutsche Seite der holländischen Angelegenheit.

Ab Berlin, 19. März. Eine endgültige amtliche Erklärung über den Entschluß der holländischen Regierung liegt hier bis jetzt noch nicht vor. Man muß sich also zunächst an die vom Minister des Reichs in der Kammer gemachten Mitteilungen halten. Darin ist aber bereits unmissverständlich festgestellt, daß Holland im Begriff steht, von der strikten Neutralität, die es bisher innegehalten hat, zugunsten des Verbands abzuweichen und diesem zum Nachteil der Mittelmächte militärische und wirtschaftliche Vorteile einzuräumen, die es ihm unter seinen Umständen hätte zugestehen dürfen. Damit wird eine neue Situation geschaffen, und Holland muß nunmehr gewärtigen, daß wir daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen, indem wir an Holland Forderungen stellen, die wir bisher nicht gestellt haben und bei Aufrechterhaltung der holländischen Neutralität nicht gestellt haben würden. (Köln. Zig.)

Deutsch-französische Vereinbarung über die Kriegsgefangenen.

Ab Bern, 18. März. Nach Mitteilung des politischen Departements mit Notiz vom 18. März haben der französische Botschafter und der holländische Botschafter dem Bundespräsidenten mitgeteilt, daß ihre Regierungen dem im Verlauf der in Bern gepflogenen Verhandlungen aufgestellten Entwurf einer Vereinbarung zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Kriegsgefangenen genehmigt haben. Diese Vereinbarung ist demnach in Kraft getreten.

Frankreich.

Ab Bern, 18. März. Im „Petit Parisien“ verlangt der Deputierte Abel Ferry von den alliierten Regierungen, sie sollten einen letzten Versuch unternehmen, um den Krieg gegen die Zivilbevölkerung abzustellen. Der Deputierte erklärt, die Luftangriffe auf Paris und London würden von den Deutschen durchgeführt, weil sie neben anderen Gründen die Depression der Bevölkerung von Paris und London und damit einen Druck auf die Politik der Regierungen in Paris und London auszuüben vermöchten. Für die Entente liege die gleiche Möglichkeit nicht vor, da sich Berlin außer Reichweite befindet. Ferry fordert, daß die französische Regierung durch die Vermittlung der Neutralen Deutschland vorschlagen soll, die gegenseitigen Luftbombardements auf die Zone zu beschränken, die durch weittragende Geschosse noch bestrichen werden kann. — Die tiefste Ablehnung des Fliegerangriffs auf Paris läßt sich auch aus dem „Figaro“ erkennen, der früher stets Repräsentanten befürwortete, heute aber verlangt, daß die Repräsentanten der Alliierten eingestellt werden, sobald die deutsche Regierung sich bereit erklärt, auf den Luftkrieg auf offene Städte zu verzichten.

Genf. Der Lehrer Parlat, einer der bekanntesten Führer der französischen Kinderheilsbewegung, wurde verhaftet. Bei der Hausdurchsuchung wurde eine große Menge von pazifistischen Flugchriften beschlagnahmt.

Fransösische Maßnahmen.

Die französischen militärischen Kreise sehen nach Pariser Berichten Mailänder Blätter in der Ernennung des Generals v. Gallwitz zum Kommandanten einer Heeresgruppe an der Mosel ein Vorgehen der feindlichen Offensiva. Diese Annahme wurde durch die Tatsache bestätigt, daß Gallwitz in Deutschland ein ähnliches Ansehen genießt wie Hindenburg. Gallwitz könne wahrscheinlich als Führer der kommenden Frühlingsoffensive betrachtet werden.

Die Vergeltungsangriffe auf Paris.

Eine Unterredung mit dem General der Luftstreitkräfte.

Aus Anlaß der Angriffe deutscher Flieger auf Paris hat der kommandierende General der Luftstreitkräfte, v. Hoeppner, dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ Dr. Ruppel auf dessen Bitte eine Unterredung gewährt.

„Eure Erzählung werden erfahren haben“, sagte Dr. Ruppel, „daß die Angriffe deutscher Flieger auf Paris in Frankreich außerordentliche Entrüstung hervorgerufen haben und unter Hinweis auf die Opfer unter der Bevölkerung als ein neuer Akt deutscher Barbarei bezeichnet wurden, der jeder militärischen Berechtigung entbehre und daher Vergeltungsmaßnahmen erfordere. Auch im neutralen Ausland sind die Unternehmungen vielfach mißbilligt worden. Würden eure Erzählung die Götter haben, sich über Zweck und Berechtigung der Angriffe zu äußern?“

„Es ist richtig“, antwortete Seine Excellenz, „daß die Angriffe vom 30./31. Januar, 8./9. und 11./12. März keine unmittelbaren militärischen Ziele verfolgten. Sie wandten sich auch nicht gegen die Festung, sondern gegen die Stadt Paris. Der deutsche Heeresbericht vom 31. Januar 1918 stellt das ausdrücklich fest. Die Franzosen haben aber keinerlei Anlaß, sich über diese Angriffe zu entsetzen. Denn sie bestrafen, wie die Heeresberichte ausdrücklich hervorheben, erstens die Luftangriffe, die unsere Gegner am Weihnachtstag 1917 und im Laufe des Januars, und zweitens jene, die sie trotz dieser Warnung abends am 1. Februar 1918 gegen offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes unternommen haben. Das ist auch in einer etwas später erschienenen halbamtlichen Äußerung über den Luftangriff vom 30./31. Januar dargelegt worden. Es ist nur ein Zeichen des schlechten Gewissens, wenn von der gesamten französischen Presse diese Tatsache totgeschwiegen wurde. Die Pariser Bevölkerung kann sich über unsere Angriffe um so weniger beklagen, als Frankreich von uns rechtzeitig und einmütig gewarnt worden ist. Es lag also in der Hand der Regierung Frankreichs, durch Einstellung der Luftangriffe auf unsere friedlichen Städte der Bevölkerung von Paris die Vergeltung zu ersparen. Aber Frankreich wollte nicht hören: so mußte es fühlen.“

„Wann ist die Warnung erfolgt?“

„Schon im vorigen Herbst haben wir durch unsere Presse und ganz besonders eindringlich am 17. Oktober durch eine auch als Botschaft übermittelte Auslassung Frankreich vor einer Fortsetzung der ruchlosen Luftangriffe gegen das deutsche Heimatgebiet gewarnt und haben gebroht, Paris das bösen zu lassen. Daß diese Warnungen bekannt waren, beweisen Äußerungen wie die des mir vorliegenden „Echo de Paris“ vom 1. Februar 1918, in dem sich der Satz findet: „Wir müssen unseren Feinden die Gerechtigkeit antun, anzugeben, daß sie uns sorgsam gewarnt haben.“ Obwohl also diese Warnungen schon vor vielen Monaten erfolgt waren, leisteten Frankreichs Flieger in den letzten Monaten ihre schändlichen Bombenangriffe gegen unsere offenen Städte weit außerhalb des Operationsgebietes fort und stellten unseren Langmut auf die schwerste Probe. So sah sich unsere Heeresleitung schließlich gezwungen, die lang angedrohte Strafe zu vollziehen. Die Stadt Paris wurde in drei planmäßig angelegten und trauflos durchgeführten Angriffen getroffen. Der Angriff der Pariser Bevölkerung beweist, daß die Angriffe die beabsichtigte Wirkung hatten.“

„Eure Erzählung kenne ich denn auch die Luftangriffe auf Paris als eine von den sonstigen deutschen Bombenangriffen streng zu unterscheidende Unternehmung?“

„Durchaus! Unsere Luftangriffe haben sich bisher ausschließlich gegen solche Ziele gerichtet, die mit den militärischen Ereignissen an der Front im unmittelbaren Zusammenhang standen. Wir haben an unsern Gegnern oft die Aufforderung gerichtet, die Fälle zu

nennen, in denen von uns offene Städte außerhalb ihres Operationsgebietes durch unsere Bombengeschwader angegriffen worden seien. Sie sind uns die Antwort stets schuldig geblieben. Demgegenüber haben die feindlichen Flieger seit Oktober 1914 immer wieder offene Städte wahllos angegriffen. Wenn auch die meisten dieser Angriffe dank unserer Abwehrmaßnahmen wirkungslos blieben, so haben doch einzelne von ihnen uns schwere Opfer gekostet. Ich erinnere nur an den schrecklichen Angriff auf Karlsruhe am Fronleichnamstag 1916, der über 100 Frauen und Kinder das Leben kostete. Der französische Abgeordnete Cadix hat also ganz recht, als er nach unserem ersten Luftangriff auf Paris in der Kammer erklärte, die Deutschen hätten nur auf französische Angriffe geantwortet, und man müsse sich hüten, französischerseits von Vergeltungsmaßnahmen zu sprechen. Die Entrüstung der französischen Bevölkerung sollte sich daher nicht gegen die deutsche Heeresleitung, sondern gegen die eigene Regierung richten, die solche Reaktionen zugelassen und damit unsere Vergeltungsangriffe auf die Stadt Paris provoziert hat. Wir werden jetzt sehen, ob die französische Regierung sich die drei scharfen Strafen zu Herzen nimmt. In ihrer Hand liegt es, ob die Stadt Paris auch fernere Luftangriffe von uns zu erleiden haben wird oder nicht.“

Unüberprüfbare Friedensgerüchte.

Zürich. In der Schweiz sind in den letzten Tagen lebhaft Gerüchte verbreitet worden über angebliche Besprechungen, die zwischen englischen, amerikanischen und deutschen Persönlichkeiten in Bern und Zürich über Friedensfragen stattgefunden haben sollen. Diese Gerüchte, die unter anderem auch bemerken, daß diese Verhandlungen bereits geschlossen seien, sind völlig unbegründet. In Bern treffen werden sie als halbes bezeichnet. Im Zusammenhang damit sind nun auch in Italien Friedensgerüchte verbreitet worden, die bei der dort vorhandenen Kriegsmüdigkeit im Volk lebhaft beachtet werden. Die Regierungspresse bemüht sich, darzulegen, daß es sich um Mänschen der Mittelmächte handle, daß die Gerüchte jeder Grundlage entbehren, und daß jetzt nicht an Frieden, sondern einzig an den Krieg zu denken sei. Eine Warnung, die offenbar kaum viel Erfolg haben wird, wenn man gleichzeitig aus Italien hört, wie dort die Verhältnisse wegen friedensfreundlicher Äußerungen sich häufen. So wurde dieser Tage der sozialistische Bürgermeister Grandi von Modona wegen kriegsgegnerischer Betätigung verhaftet, ebenso der Baron di Africana von Trapani. Die „Ida Nazionale“ berichtet, daß in Florenz Friedensaufrufe und daß in Neapel eifrig Friedensgerüchte verbreitet wurden. Das Blatt fordert strengstes Einschreiten der Regierung gegen diese „verbrecherische Propaganda“, die darauf hinausgehe, angesichts der bevorstehenden gewaltigen Offenheit des Volk zu entmutigen. Bedeutend äußert sich die „Tribuna“ und die „Corriere della Sera“. Die Regierung hat die Protesten beantwortet, dem Ursprung dieser Gerüchte nachzugehen. Der Kriegsminister verfügte die Entsendung sämtlicher kriegsaustauschenden Offiziere an die Front.

Kleine Mitteilungen.

Hindenburg sagt in einem Danktelegramm an den Provinziallandtag der Provinz Posen: So Gott will, werden wir auch im Westen den Feind niederringen und die Bahn zum allgemeinen Frieden freimachen.

In der „Täglichen Rundschau“ liest man: Der Münchener Kunstmaler Max Beckmann ist nach Rom gereist. Beiseite nehmen wir demnach aus Haare, was der Grund dieser Reise ist, die in einem politisch so entscheidenden Augenblick angetreten wurde.

Ab Petersburg, 19. März. Meldung des Reuterschen Bureaus. Es ist festgestellt, daß die Russen Odesa vor der Räumung in Brand zu setzen suchten, aber wegen des zu schnellen Nachdrängens der Deutschen ihren Zweck nicht erreichen konnten.

Ab London, 18. März. Meldung des Reuterschen Bureaus. Im Unterhause fragte Hunt, ob keine deutschen höheren Offiziere an Bord der Hospitalsschiffe und der bewaffneten Schiffe untergebracht würden. Bonar Law antwortete, die Frage wäre zwar von der englischen Marine- und Militärbehörde sorgfältig erörtert worden, man habe aber nicht die Absicht, den Plan auszuführen.

Ein englisches Eingekandis. Ein in Rotterdam angelangter ausgetauschter englischer Offizier sprach sich nach „Daily News“ vom 26. Februar nicht wenig erstaunt über die vielen jungen kräftigen deutschen Soldaten aus, die ihm während seiner Reise begegnet seien: „Deutschland müsse noch genügend Mannschaften haben. Auch die Lebensmittelversorgung habe sich in letzter Zeit gehiebert. Jedenfalls sei sie in den Gefangenenlagern reichlicher und besser geworden. Es sei nun einmal so, Deutschland könne nicht ausgehungert werden.“

Die „Daily News“ mahnen zum Frieden. Der Herausgeber der „Daily News“ hat in einem kühnen erregenden Artikel, daß die Kriegslage trotz der Ruchthliffe-Propaganda entschieden zu Gunsten des Verbundes stehe. Anknüpfend zu Wahrheitsliebe erfordern die Erklärung, daß die Entente sich nur dadurch aus ihrer misslichen Situation retten könne, daß sie ohne Aufschub Frieden schließe. Jeder Tag bessere die Lage der Mittelmächte und mache die Sache der Alliierten veranwortlich und hoffnungslos.

Rumänien.

Ab Bukarest, 19. März. Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Tages-Rundschau.

Ein Telegramm des Kaisers.

Ab Düsseldorf, 18. März. Auf das Halbtagestelegramm des 18. rheinischen Provinziallandtages ist folgende Drahtantwort des Kaisers eingegangen:

Den treuen Gruß des Provinziallandtages erwidere ich mit dem wärmsten Dank für die großartigen Kriegseinstellungen, mit denen sich die Rheinprovinz in allen ihren Ständen und Gliedern auch im letzten Jahr glänzend bewährt hat. Wir stehen in einem entscheidenden Augenblick des Weltkrieges, in einem der größten der deutschen Geschichte. Möchte sich diese Empfindung tief in die Herzen eingraben. Alle, die eine führende Stellung einnehmen, sind berufen, die Weisheit immer wieder auf die großen vaterländischen Aufgaben hinzuweisen, vor denen alles persönliche zu schweigen und alles Parteimeinige zurückzutreten hat. Die Sicherstellung des baltischen Deutschlands, an dessen Begründung rheinisch-westfälische Ritters einst hervorragend mitgewirkt haben, wird auch dort freudig empfunden werden. Wilhelm I. R.

Ab Stuttgart, 18. März. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer hielt Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker eine Rede, in der er zunächst auf den Abschluß des Friedens im Osten hinwies und u. a. ausführte: Nun liegt unter den großen der Größe am Boden. Die Summe unserer Siege hat gewirkt. Wir im Süden Deutschlands beglückwünschen die Deutschen im Osten, denen die so bitter notwendige Sicherstellung nunmehr zuteil werden muß. Das Schicksal Deutschlands und seiner Verbündeten im Osten hat entschieden und das Kommen einer neuen Geschichtsperiode ermöglicht. In Paris verfolgt man unentwegt den Freund des Friedens, nicht weniger in dem anderen angeblichen Feind über dem atlantischen Ozean. Es gibt nichts, über die Abstellung des Tones und das jeweils verwendete Maß von Zweideutigkeiten und Heuchelei nachzusinnen. Es fehlt das Wort: Wir sind zum Verhandeln bereit! So rüstet sich Deutschland zum Entscheidungskampf im Westen. Unsere Tapferkeit auf der langen Linie von Kämpfen im Oberfeld bis zum Meere werden leisten, was ihre Feldherren verlangen. Sie werden auch an der Westfront den endgültigen Erfolg uns bringen. Der Charakter der Nation im Felde ist auch die beste Stütze bei dem Gedanken an all die Schwierigkeiten, die der Wiederaufbau im kommenden Frieden bringen wird. Die Nation dauern hat jetzt nicht bloß das Durchhalten zu leisten, sie hat auch ihren Wiederaufbau vorzubereiten. Er wird und muß uns gelingen, wenn wir selbst, meine hohen Herren, wenn wir selbst wie unsere Soldaten sind. Wir begrüßen sie und ihre Führer.

Das Feldheer braucht dringend Hafer, Hen u. Stroh
Landwirte helft dem Heere!

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky im Hauptausfluß.

Am 16. März fand im Hauptsaal des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in letzter Zeit ausfließend in Deutschland verbreiteten Schriftstücken, in erster Linie mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1914, befaßte, welche gegen die Politik der Regierung kurz vor dem Ausbruch des Krieges gerichtet ist. Bei Eröffnung der Diskussion führte der Stellvertreter des Reichstages Erzbischof v. Pöcher aus, über die Entstehung und die Veröffentlichung der Denkschrift habe Fürst Lichnowsky sich selbst am 18. d. M. dem Herrn Reichsminister gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert:

Eine Erklärung des Fürsten.

„Euer Ergeßnis ist bekannt, daß kein privater Aufzeichnung, die ich im Sommer 1914 niederschrieb, durch einen unbedachten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben. Es handelt sich um wesentlichen und subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Außenpolitik seit dem Berliner Kongresse. Ich erkläre in der leibhaftigen Abwehr von Ruhm und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Begriffe des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Marokko-Politik einer kurzen Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß umso weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden. Diese gesammelten Notizen für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Material aus dem Reich aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnis niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen die Zerstörung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können. Fürst Lichnowsky schilderte sodann in seinem Schreiben, wie die Denkschrift durch Indirektion weitere Verbreitung gefunden habe und drückte zum Schluß sein lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall aus.“

Mittlerweile habe der Fürst sein

Abschließungsgeheim

eingereicht und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen sei, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit handelte, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptausfluß Widerspruch erfolgen. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt. Es seien ihm am ehesten von dritter falsch unterrichteter Seite unzureichende Informationen zugegangen, welche Möglichkeit der Fürst auch selbst zugab. Als Schlüssel für die Irrtümer und Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Ueberhöhung der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen, die von einem förmlichen Hoch gegen diejenigen bezeugt sei, die seine Behauptungen nicht so anerkennen, wie er es erwarte. An mehr als einer Stelle deute er an, daß für diese in erster Linie für ihre Entscheidung nicht sachliche Erwägungen maßgebend gewesen seien, sondern die Frage, ob ihre Stellungnahme ihm nützlich oder schaden, angenehm oder unangenehm sein könnte. Uebereinstimmend mit diesem Auge sieht sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Beziehung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschmeichelt wurden und im Gegenzug dazu eine ebenso auffällige Geringschätzung gegen fast sämtliche deutsche Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde ansah, weil sie sich mit ihm persönlich gut gefallt hätten. Bei einer solchen Vertennung der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu solchen Fehlschlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es über vermerkt habe, daß man in Berlin die Sache anders beurteilte. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst sein ungetrübtes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung hatte. Im Einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914 wie bei der Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wolle, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede nicht von der deutschen Regierung durch die Einwirkung auf Österreich aufrechterhalten werden könne, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenutzt hätte; von Rußland wäre, wenn dies geläufige, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Ausfaltung des Sudomirnov-Prozesses überzeugend festgestellt. Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, ständen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Redner führte dies im einzelnen auf. So bezüglich der Behauptung des Fürsten, daß Graf Wolke zum Krieg geordnet habe, bezüglich des am 5. Juni 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrats, bezüglich der Verbindung des österreichischen Protokolls über diesen angeblichen Kronrat an den Grafen Radoszki nach London, in welchem Protokoll der Zufall enthalten gewesen sei: Es werde nichts dabei, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entspringe. Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch. Ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Tizian habe berichtet, Rußland werde sich unter keinen Umständen rühren. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht seine Anregung entsprechend die serbische Krise durch eine Konferenz zu beseitigen vermag, sei jetzt unüberleugbar. Die Verhandlungen des Sudomirnov-Prozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilisierung mit einem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Ganz besonders dringend sei von Berlin aus der letzte Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys in Wien befürwortet worden, wie aus den Instanzen hervorgehe, die Reichstagsminister v. Bethmann Hollweg am 19. 11. 16 im Hauptausfluß bekannt gegeben habe. Unglücklicherweise für den Fürsten habe er die Denkschrift drei Monate zu früh verfaßt. Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedensliebe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch eine Erzählung des Vorganges am 1. 8. 14. Damals habe der Fürst infolge eines telephonischen Mißverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihn die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, falls es in dem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe. Sofort nach dem Eintreffen dieses Telegramms sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgegangen, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle, daß die Meinung des Fürsten irrtümlich war, andere an der Bewertung des deutschen Schrittes nicht. Wenn die Denkschrift von einer Verhandlung mit England rede, so müsse zur Vermeidung von Verstärkung betont werden, daß diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf die portugiesischen Kolonien bezogen hätte, eine Gesamtverhandlung mit England sei anlässlich der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angesichts des unbedingten Forderungen Englands an die Entente, nicht wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten Lichnowsky begreifbar gewesen, nicht zustande gekommen.

Aber der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wie viel bessere und einfachere Politik der Reichstag gemacht und wie er dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Ratgebern gefolgt wäre. Aus diesem Glauben an sich werde dem Fürsten niemand den Vorwurf machen. Es sei ihm auch freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu Aufzeichnungen zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verschwiegenheit gehabt, dafür zu sorgen, daß sie nicht in die Öffentlichkeit kommen könnten, und so klein der von ihm

in Aussicht genommene Verlust gewesen sein möge, hätte er doch die Verschwiegenheit gehabt, nichts den ihm bekannten Tatsachen widersprechendes zu behaupten und daß ihm zugehörige Tatsachenmaterial zu prüfen. So wie die Dinge jetzt liegen, werde die Denkschrift, die doch nur beweisen sollte, daß die Weltanschauung des Fürsten in solche Bahnen gelenkt worden sei, weil man andersfalls ihn, den Fürsten, um seinen Erfolg beneidet hätte und bei übelwollenden, wie bei oberflächlichen Schanden genug zu finden. Jene, welchen historischen Wert habe die Denkschrift nicht, sei sie auch nicht bestimmt dazu, der objektiven Wahrheit zu dienen, sondern lediglich den subjektiven Zwecken des einzelnen. Des weiteren handle es sich um ein in Briefform gehaltenes an eine größere Zahl von Personen gefandtes und selbst stark verstelltes Mundstücken eines zurzeit sich in der Schweiz aufhaltenden Dr. Ruehlon, der zurzeit des Kriegsausbruches Mitglied des Kruppischen Direktoriums war. Ruehlon sei nach dem Brief in der zweiten Hälfte des Juli 1914 hinterher bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzählte nun angebliche Äußerungen derselben, aus denen er den Schluß zieht, daß es der deutschen Regierung im Juli 1914 an einem Friedenswillen fehle. Beide Herren hätten sich schriftlich dahin geäußert, daß es sich bei Ruehlon um einen nervenranken Mann handle, der schon zurzeit seiner Tätigkeit in Eisen nicht habe in einen Raum treten können, in dem mehrere ihm unbekannte Herren versammelt seien und der nach seinem Austritt aus dem Direktorium wiederholt mit seinen Herren zusammengebrochen sei und längere Zeit ausschließlich der Erholung leben mußte. Eine abschließende Schädigung des Vaterlandes nehmen sie nicht an, widersprechen dagegen bestimmt den ihnen in den Mund gelegten Äußerungen, aus denen Ruehlon seine Schlüsse ziehen wolle. Sie könnten seine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen. Nach dieser ganzen Schablone könnte den Erzählungen von Dr. Ruehlon kein weiteres Gewicht beigemessen werden, als die beiden Herren, die die angeblichen Äußerungen getan haben sollen, ihnen beimeßen. Sie seien die Äußerungen eines kranken Gemüts.

In der abschließenden

Diskussion

erklärte Abg. Gröber, die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky sei ein so merkwürdiges Alibi, daß bei jedem der Eindruck entstehe, hier schreibe ein Herr, der von einer geradezu krankhaften Eitelkeit erfüllt sei und aus diesem Gesichtswinkel alles betrachte und beurteile.

Abg. Scheidemann betonte, daß die sozialdemokratische Partei die Grundursache des Krieges in der ganzen modernen Weltmachtspolitik sehe, die von allen Staaten betrieben werde. Die Sozialdemokratie habe dafür den Ausdruck Imperialismus geprägt. Die Broschüre, in der Lichnowsky Deutschland die Schuld an Kriege zugeschrieben werde, könne seines Graciens nur Eindruck auf sogenannte „Rurpazifisten“ machen. Für einen Diplomaten sei diese Broschüre geradezu eine Blamage. Redner gab einige Stichproben aus der Broschüre, welche die Unzuverlässigkeit und lächerliche Mittel des Fürsten darstellten. Nach Lichnowsky seien alle feindlichen Diplomaten Bruchstücke. Unsere Diplomaten dagegen seien mit Ausnahme natürlich von Lichnowsky Trollet und schlechte Menschen, die Lichnowsky seine großen Erfolge in London nicht gönnen. Wie Redner näher darlegte, befanden sich auch mehrfach falsche Daten in der Broschüre. Der Krieg an Rußland wurde zum Beispiel nicht am 31. Juli erklärt, sondern am 1. August. Weiter gäbe es zahlreiche Fälle, die bewiesen, daß unsere diplomatische Vertretung im Ausland verfaßt habe. Die müsse von Grund auf reformiert werden.

Abg. Müller-Meiningen führte aus: Es sei ein Segen, daß die Weltbühne jetzt durch uns zur Explosion gekommen sei, sonst hätte sie viel Unheil angerichtet. Im Ausland sei man im Besitze des Materials und warte den psychologischen Augenblick zur Ueberzeugung mit beiden Schritten ab. Er sei trotz Ruehlon und Lichnowsky fest überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, der Reichstags und der Vertreter des Auswärtigen Amtes, wie vor allem der deutsche Kaiser immer den Frieden haben wollten und stets gegen den Krieg mit England waren. v. Bethmann Hollweg habe in Wien gesagt, was er konnte, um den Krieg zu verhindern; das englische Bismarck sei der beste Beweis dafür. Die englische und französische Regierung habe in Petersburg völlig verfaßt. Redner weist auf die Fehler der deutschen Diplomatie in Petersburg und Rom hin und verlor eine völlige Reform unseres diplomatischen Systems.

Der Abg. Stresemann geht auf die Fragen der Entstehung des Krieges und die diplomatischen Veränderungen nicht ein. Redner schließt sich dem Wünsche an, daß das Weichbild ergänzt werde. Aus der Lichnowskyschen Broschüre sei das Gravierendste schon von den Abg. Gröber und Scheidemann vorgebracht worden. Man könne den Verfasser überhaupt nicht für verantwortlich und ernst nehmen. Das Löffel an der Broschüre sei ihr Ausgang, wo Lichnowsky die Zukunft schillere und gemäßigteren in dem britischen Imperialismus das Heil der Welt erblicke. Das Kolonialabkommen mit England sei von Lichnowsky übersehen worden. Durch die ganze Broschüre liege sich der Gedanke, England reinzuwaschen und auf Deutschland die Schuld zu schieben. Die Vertreter der Parteien hätten sich im wesentlichen der Kritik des Reichstags-Pager angeschlossen. Im Falle Ruehlon ist der Redner der Meinung, daß das Angeführte wenig Veranlassung zur Erregung gibt.

Abg. Gräfe bemerkte, es sei erfreulich, daß die Vertreter sämtlicher Parteien in der Beurteilung der bedauerlichen Vorgänge einmütig gewesen seien. Auf die Einzelheiten der Lichnowskyschen Schrift ginge der Redner nicht mehr ein, da sie von den Vorrednern bereits genügend zitiert worden seien. Ihm täme es vielmehr darauf an, die Konsequenzen zu behandeln, die zu ziehen seien. Es schiene ihm vor allem jede allzu wohlwollende Rücksicht nicht am Platz. Für eine weitere Vertiefung der Lichnowskyschen Schrift trage sehr erhebliche Mißstände gewisse demokratische Kreise, die schon damals nicht an den Weltkrieg hätten glauben wollen. Mit dem Abg. Müller-Meiningen stimme der Redner darin überein, daß das Auswärtige Amt in seiner Zusammenfassung und seiner Weichode einer gründlichen Revision unterzogen werden müsse.

Freiherr v. Gump bemerkte: Im Reichstage und im ganzen deutschen Volke würden seit vielen Jahren die erheblichsten Beschwerden über unsere Diplomatie ausgesprochen, es müsse in Zukunft mit dem jetzigen System gebrochen werden. Holstene sei in Berlin sehr lebhaft und aufmerksam geworden, er habe Einblicke in manche Verhältnisse bekommen, die sonst niemandem gewährt worden seien. In England aber habe man ihn bei seiner Rückkehr wie einen Vaterlandsverräter geachtet. Ein Freund Holstanes, der englische Schriftsteller Bagdie, habe in einer 1916 erschienenen Broschüre: „Indication of Great Britain“ Holstane verteidigt und anerkannt, daß unser Kaiser eine Verständigung mit England gewünscht habe. Ueber solche Tatsachen habe Lichnowsky unterrichtet sein und darin den Beweis finden müssen, daß Deutschland keinen Krieg mit England wollte. Er beantragte eine Vorlesung des gesamten Materials, wie er es wiederholt im Reichstage veranlaßt und auch dem Herrn Vizekanzler gegenüber anerkant habe. Solange dies nicht gelänge, hätten alle Äußerungen nur den apologetischen Zweck. Der Stellvertreter des Reichstags antwortete nach, daß eine Prüfung der Frage, ob ein internationaler oder diplomatisches Verfahren gegen den Fürsten angezeigt erscheine, durch das Reichstagsamt geprüft sei. Dabei habe sich ergeben, daß aus verschiedenen rechtlichen Gründen weder eine Verfolgung des Fürsten wegen diplomatischen Verstoßes im Sinne des § 92 A-St.G. noch eine solche auf Grund § 93 A-St.G., noch eine solche auf Grund § 353a, dem sogenannten Verstoßgraphen, Aussicht auf Erfolg geboten hätte. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Fürsten könne nach seiner Verabschiedung überhaupt nicht mehr in Betracht. Die Veröffentlichung von Artikeln in der Presse sei dem Fürsten vom Auswärtigen Amt untersagt worden, welche Bedeutung das Verbot nach seiner Verabschiedung habe, müsse zunächst dahingestellt bleiben.

Unterhaussekretär v. Stumm erwidert auf Anfragen, wer für die Ernennung des Fürsten Lichnowsky verantwortlich sei, was veranlaßt habe und weshalb er von seinen Posten nicht abberufen worden sei, daß die Ernennung E. M. des Kaisers im Einvernehmen mit dem für die Ernennung verantwortlichen Reichstagsminister erfolgt sei. Der Fürst habe eine Reihe diplomatischer Stellen im Ausland, zuletzt als Botschafter in Wien, bekleidet und sei eine Stellung als vortragsender Rat im Auswärtigen Amt bekleidet gewesen. In allen diesen Stellungen habe er sich bewährt,

so daß sein Grund, den Fürsten in seine Stellung als Botschafter nicht aufzuheben zu lassen, nicht vorgelegen habe. In London hat sich der Fürst mit Eifer und Hingabe seiner Aufgabe gewidmet. Seine Urteile hätten allerdings mit der Ansicht des Auswärtigen Amtes häufig nicht übereingestimmt. Das gelte insbesondere hinsichtlich seines in weitgehenden Optimismus über den Stand der deutsch-englischen Beziehungen. Nachdem seine Hoffnungen auf eine Herbeiführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Kriegsausbruch vernichtet worden seien, sei der Fürst in einem Zustand starker Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Kritik an der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe gesteigert worden, denen er in der deutschen Presse ausgesetzt worden sei, deren Aufmerksamkeit er durch ein rednerisches Auftreten in England auf sich gerichtet habe. Viele Umstände müßten bei einer Bewertung der Denkschrift in Betracht gezogen werden. Es sei nicht gerechtfertigt, aus derselben Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Botschafters in London zu ziehen, sie der Regierung zur Last zu legen und daraus Vorwürfe gegen die Regierung herzuleiten. Auf Anfragen bezüglich eines Weichbuches müsse er antworten, daß es nicht sehr umfangreich sei, es sei sehr reich zusammengefaßt worden, um dem Reichstage bei seinem Zusammenritt ein klares Bild von der Schulfrage zu geben. Die Bändchen der anderen Staaten seien viel umfangreicher, das deutsche Weichbuch habe sich aber an denselben insofern vorteilhaft ab, als es keine Fälschungen enthalte. Im übrigen sei eine Ausgabe eines neuen Weichbuches in Vorbereitung.

Mus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Diebstahl.

Auszeichnungen. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde verliehen an folgende Herren: Rentner Ph. J. Freundlich, Bankvorstand Karl Schneider und Oberlehrer Dr. Schwender.

Ab Die Reichsbefleidungsstelle wies die Bezugsstellen aus, von jetzt ab Bezugsstellen eine auf Schuhwaren nur in dringenden Notfällen (z. B. vollständiger Verlust familiären Schuhwerkes, nicht aber bei Konfirmation, Todesfall u. dgl.) auszufertigen, da ab 1. April durch die von da an zuständige Reichsstelle für Schuhherstellung eine Neuregelung des Bezugsverfahrens für Schuhwaren erfolgt, wodurch Schuhwaren in weitem Umfange, insbesondere sogenanntes Ersatz- und Kriegsschuhwerk bezugsfrei werden sollen.

Ein unhaltbarer Zustand hat sich neuerdings durch die zu fabelhafter Höhe emporgeschossenen Ferkelpreise für unsere gesamte Schweinegattung herausgestellt. Während für Ferkelweiber der Höchstpreis auf 64 Pfennig für das Pfund Lebendgewicht festgesetzt ist, müssen gegenwärtig für junge Ferkel von 4-5 Wochen durchweg 110-120 Mark für das Stück bezahlt werden. Es stellt sich also der Preis für ein Saugferkel von 6-8 Pfund Gewicht genau so hoch wie für ein Ferkelweib von ca. 170 Pfund Lebendgewicht. Da fragt sich der Schweinezüchter mit Recht, ob er unter diesen Umständen noch überhaupt Ferkel ankaufen und mit sehr leurem Futter 8-9 Monate lang füttern soll, ohne einen Pfennig verdienen zu können. Doch die Nachfrage nach Jungschweinen denoch so stark ist, liegt einmal daran, daß das Angebot an Ferkeln zur Zeit äußerst gering ist, weil vor Jahresfrist infolge der damals sehr niedrigen Ferkelpreise die Zucht von Mutterchweinen ganz gewaltig zurückging und andererseits die Massenabschlachtung der Spanferkel im letzten Herbst und Winter die Ställe ganz rapid leerte. Wer aber jetzt Ferkel kauft, tut dies höchstens zu dem Zwecke, sich wenigstens selbst für die spätere Hauszucht Tiere zu sichern. Wer jetzt Mutterchweine mit Jungtieren bezieht, macht ein Geschäft, wie es bisher noch nie erlebt wurde. Wandler starke Preissteigerung bringt dem Besitzer heute bis zu 200 Mark ein. Höchstpreise wären hier wie bei den Ferkelweibern dringend notwendig.

Die Rhein-Mainische Lebensmittelstelle hat Montag eine Ausschüttung abgehalten, in der die Bilanz über das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt wurde. Es ergibt sich aus dem Bericht, daß der Warenumsatz, nach der einen Seite des Hauptbuches berechnet, ca. 55 Millionen Mark betragen hat. Die Gesellschaft hat einen möglichen Gewinn erzielt. Er übersteigt nur unwesentlich 1/2 % der gesamten Umsätze. Der erzielte Gewinn wird gemeinnützigen Zwecken zugeführt, sofern er nicht für besondere Aufgaben, die der Bezirkszentrale während der Kriegszeit oder in der Uebergangswirtschaft noch gestellt werden, Verwendung finden muß. Aus dem Bericht, den die Geschäftsführung erstattet, ist als wesentlich noch hervorzuheben, daß ein Verderb von Waren im Berichtsjahre überhaupt nicht vorgekommen ist.

In Kürze wird unter dem Namen „Ludendorff-Spende für Kriegsbefähigte“ eine allgemeine große Sammlung an die Öffentlichkeit treten. Keineswegs will und soll etwa die Ludendorff-Spende für Kriegsbefähigte das Reich in Erfüllung seiner Pflichten gegenüber den Kriegsbefähigten entlasten; sie steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Rentenversorgung in vollem Umfange Aufgabe des Reiches bleiben und daß auf einen weiteren Ausbau der Versorgungsgesetze hingewirkt werden muß. Aber auch die weitestgehende gefällige Regelung der Rentenfragen vermag nicht überall so zu helfen, wie es unserem vaterländischen und sozialen Empfinden entspricht. Zahlreiche Fälle bleiben übrig, bei denen schnellstens geholfen werden muß, um bittere Not und Verarmung abzumenden. Hier steht die bürgerliche Kriegsbefähigtenfürsorge ein. Sie will den Kriegsbefähigten ins Wirtschaftsleben zurückführen, seine Kraft dem deutschen Volksganzen wiedergeben. Ihr umfangreiches Arbeitsgebiet umfaßt Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsbeschaffung, ergänzende Heilbehandlung, Anstellung, Wohnungs- und Familienfürsorge. Die Ludendorff-Spende, die sich an jeden Deutschen wendet, wird vermittelt von den im Reichsausschuß der Kriegsbefähigtenfürsorge vereinigten Organisationen der deutschen Bundesstaaten; in diesen Stellen finden auch die wirtschaftlichen Interessenten, insbesondere die Berufsverbände entsprechend vertreten. Die Spenden fließen grundsätzlich den Landesstellen zu, aus denen sie stammen.

Wiesbaden. Zum ersten Vorrat an der Marktlücke ist Vorrat Schächer vom 1. Juni d. Js. ab berufen worden. Als dienstfähiger Vorrat wird Herr Beisenmeyer an Stelle des im 1. April in den Ruhestand tretenden Defans Bidel die städtische Verwaltung übernehmen.

we Schurgen. Die erste diesjährige Tagung des Schurgenrichts — die erste seit mehr als einem Jahre — ist Montag vormittag durch den zum Vorsitzenden bestellten Landgerichtsdirektor Reizert eröffnet worden, welcher vor dem Eintritt in die Verhandlung die Herren Geschworenen begrüßte, sie auf ihr Recht, zu ihrer eigenen Aufklärung Fragen zu stellen, hinwies und bezüglich der Geschäftsloge zur Kenntnis brachte, daß die Tagung voraussichtlich fünf Verhandlungstage umfassen, bezw. mit Freitag, gegebenenfalls mit Samstag dieser Woche ihr Ende erreichen werde. Die erste, heute zur Aburteilung stehende Anklage ist gerichtet wider den Arbeiter Heinrich Stier, geboren im Jahre 1864 und wohnhaft in Niedenbach, einen vielfach, besonders wegen Diebstahls, bereits vorbestraften Menschen, welcher wegen einer Jugendstrafe von zwei Jahren sechs Monaten, die ihm im Jahre 1914 die Strafkammer in Mainz zubilligte, als unwürdig aus dem Heere ausgestoßen ist und kaum vier Monate nach seiner Entlassung aus dem Ruchhause, die ihm neuerdings Schuld gegebene Straftat auf dem Wege von Wiesbaden nach Niedenbach verübt haben soll. Es handelt sich dabei um die Vergewaltigung eines jungen Mädchens aus Niedenbach. Auf Antrag des Vertreters der lpl. Staatsanwaltschaft wurde vom dem Eintritt in die Vernehmung des Angeklagten, mit Rücksicht auf die eventuelle Gefährdung der guten Sitten, die Öffentlichkeit für die Dauer der Verhandlungen und bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen. Die Vernehmung ging rasch vonstatten und gegen 1 Uhr schon konnte das Urteil gesprochen werden. Auf Grund des Spruches der Herren Geschworenen, welcher den Angeklagten schuldig sprach im Sinne der Anklage und das Vorliegen von mildernden Umständen verneinte, beantragte der Vertreter der öffentlichen Anklage eine Zuchthausstrafe von acht Jahren. Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus unter Aufrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Strafmildernd wurde in Betracht gezogen, einmal, daß der Angeklagte wegen Sittlichkeitsverbrechens noch nicht gerichtlich verurteilt ist, zum anderen, daß durch seine Tat insofern kein größerer Schaden angerichtet wurde, als das vergewaltigte Mädchen weder tot, noch schwanger worden sei. Der Angeklagte hatte sich gleich nach der Akkussation aus dem Saale gemacht, war aber auf Grund der Verurteilung, welche

das überfällige Mädchen von ihm gab, leicht zu ermitteln gewesen. Der dem Schwurgericht stellte er die Tat in Abrede.

Im Schwurgericht. Auch heute (Dienstag) bildete wieder ein Konjunktusfall den Gegenstand der Verhandlung. Auf der Anklagebank saß der Gutsverwalter Philipp Jakob Gies von Hofgehlen bei Stedenroth, welcher eine ganze Reihe von Vorstrafen wegen Körperverletzung und auch zwei wegen Stillschließens bereits auf dem Kerkbuche hat. Er soll die ihm vorgeworfene Straftat Mitte Januar 1916 an einem jungen Mädchen aus Dingsbach vorgenommen haben. Die Geschworenen bejahten so wohl die Schuldfrage wie diejenige nach milderen Umständen und während der Vertreter der Anklage daraufhin eine Gefängnisstrafe von drei Jahren beantragte, erging Urteil auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Ehrverlust auf die Dauer von fünf Jahren.

Im Friedrichshof unter dem Hammer. Heute wurde vor dem hiesigen Amtsgericht das Wohnhaus Friedrichstraße 42 dahier, in welchem bis kurz vor dem Kriege die Wirtschaft „Friedrichshof“ betrieben wurde, zur gerichtlichen Versteigerung gebracht. Geschätzt war es vom Feldgericht zu 265 000 Mark, von der Steuerbehörde aber zu 471 000 Mark. Einziger Bieter mit 201 000 Mark war der Mitinhaber der zweiten Hypothek, Kaufmann Karl Reichwein, welchem auch gleich im Termine der Zuschlag erteilt wurde. 132 000 Mark erste Hypothek, welche in obigem Zielpreise von 201 000 Mark eingeschlossen sind, bleiben bestehen, etwa 100 000 Mark, woran der Ersteigerer mit 40 000 Mark beteiligt ist, kommen in Fortfall.

Wiesbaden. Auf die 8. Kriegsanleihe wird die Kassafische Landesbank in Wiesbaden wie bei den früheren Anleihen 30 Mill. Mark zeichnen und zwar 5 Millionen Mark für sich, 20 Millionen Mark für die Kassafische Sparkasse und ihre Sparer und 5 Mill. Mark für den Bezirksverband und seine Institute. Das Zeichnungsergebnis für die 7 Anleihen betrug 321 Millionen Mark.

Der Kassafische Verein für Naturkunde hielt im Kurhaus seine Generalversammlung ab. Zum Ankauf von Bildmodellen haben die Brüder Hendell 1000 Mark gestiftet. Landesökonomierat Giebert-Frankfurt sprach über die Bedeutung des Gemüsebaues für die Volksernährung.

Schierstein. Die Schierst. Ztg. schreibt: Erfreuliches und Unerfreuliches von unserer letzten Einquartierung. Die bayerischen Kanoniere, die mehrere Monate bei uns in Quartier waren, um einer wohlverdienten Ruhepause zu pflegen, sind vor einigen Tagen wieder nach dem Kriegsschauplatz abgerückt. Die Verladung der Geschütze und Munitionswagen mußte in Biedrich-Ost erfolgen, weil es an unserer Bahnstation an der erforderlichen Einrichtung fehlt. Die bayerischen Mannschaften waren bei ihrem Abzug von hier voll des Lobes über die freundliche Aufnahme, die sie in Schierstein gefunden hatten, und sie versprochen, nach Kriegsschlus unseren Ort noch einmal aufzusuchen und die alte Freundschaft wieder zu erneuern. Man war es ja von Schierstein gewöhnt, daß es auch bei wiederholten Einquartierungslosen doch nie die Truppen merkten ließ, welche Opfer gebracht wurden. Und das ist recht so und wird unserer Bevölkerung immer zum Lobe gereichen. Unsere Soldaten, die bei uns einziehen, haben es gewiß verdient, daß sie gut behandelt werden. Möge das bei uns immer so bleiben. — Neben dieser erfreulichen Seite hat aber auch die Einquartierungszeit eine recht unerfreuliche Erscheinung gezeigt, die wir auch hier besprechen müssen. Ein bayerischer Offizier hat zu seinem Quartiergeber den bezeichnenden Ausdruck gesagt: „Zwei Dinge sind mir in Schierstein unerfreulich aufgefallen: Die vermehrte Schullage und die Belästigung unserer Soldaten durch einen Teil der Schiersteiner Mädchen.“ Damit hat der Offizier das ausgesprochen, was uns längst bekannt war. Der erste Vorwurf könnte der Schule aufs Konto geschrieben werden. Über das wäre unecht. Wir wissen, daß die hiesigen Lehrer und Lehrerinnen sorgfältig bemüht sind, der Schullage ein anständiges Betragen auch außerhalb der Schule anzueignen. Ihre Mühe ist aber umsonst, weil das Elternhaus sie vollständig im Stich läßt. Ja, es ist soweit gekommen, daß selbst Lehrer und Lehrerinnen außerhalb der Schule unter den Ungehörigkeiten der Jugend zu leiden haben. Wo das Elternhaus die Schule nicht unterstützt, da ist diese fast machtlos. Eine recht üble Begleiterscheinung des Krieges, über die man viel sagen und schreiben könnte. Aber auch unsere Polizei mußte sich mehr unserer Jugend annehmen. Ein paar Strafmandate für die Eltern würde zweifellos helfen. — Ebenso hat sich ein Teil unserer erwachsenen weiblichen Jugend in den verflochtenen Wochen nicht in schönem Lichte gezeigt. Eitelfeier und Schamlosigkeit ist eine Herde des Mädchens, wo aber diese Tugenden fehlen, da ist das Raster auf dem Wege. Ein zudringliches freches Mädchen ist viel abscheulicher als ein frecher Junge. Man schämt sich, es zu sagen, so schamlos und zudringlich haben sich erwachsene Mädchen den Soldaten gegenüber betragen. Den Höhepunkt aber erreichte dieses widerliche Treiben am Sonntagabend gegen 11 Uhr bei dem Wechsel der Wache am Rathaus. Etwa 30 weibliche Personen warteten auf die abziehenden Wachmannschaften, um sie an ihre Posten zu begleiten! Ein Plut über solche Weibsbilder, die in dieser furdtbar ersten Zeit nicht einmal so viel Achtung vor sich selbst haben, daß sie Soldaten ungehört ihre Pflicht erfüllen lassen, daß sie heute, wo ihre Väter und Brüder im härtesten Kampfe zum Schutze unserer Heimatrechte sich befinden und die allergrößten Opfer bringen müssen, nur an die Befriedigung ihrer sinnlichen Lust denken. Da möchte man einen eisernen Befehl nehmen und solches Gesichter aus unserem Orte hinausjagen. Wir wollen hoffen, daß bei einer kommenden Einquartierung Militärbehörde und Ortspolizei einem ähnlichen Treiben wehren, damit nicht Schierstein nach auch hin ein Makel angehängt wird, den es sobald nicht wieder tilgen kann.

Idstein. Am 1. April eröffnet die Stadt Frankfurt in Niederhessenbach zwischen Idstein und Niedernhausen, ein Altersheim, in das vorerst 50 bis 60 weibliche Personen, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, aufgenommen werden sollen.

Höchst. Sonntag mittag wurde die Stadt durch Signalfüßler und Strennsignal von besterender Luftgefahr verständigt, die gemeldeten feindlichen Flieger sind jedoch nicht im Korpsbereich erschienen.

Höchst. In einer im Rathaus stattgefundenen Versammlung hiesiger Industrieller und Kaufleute befaßte Eröffnung einer Güterverladehalle am Main erklärte sich eine Mainzer Schiffahrtsgesellschaft bereit, die regelmäßige Güterbeförderung von Höchst aus zunächst auf eigenes Risiko zu übernehmen. Hierbei bemerkte der Vertreter der Reederei, daß sich die Wasserfracht vorerst keineswegs billiger stelle als der Bahntransport, besonders auf kürzeren Strecken. Der Hauptvertreter der neuen Einrichtung besteht in der Erweiterung der Beförderungsmöglichkeiten. Ein aus der Mitte der Versammlung gewählter Ausschuss soll die für die Stadt hochwichtige Angelegenheit weiter verfolgen. — Im Alter von 75 Jahren verstarb hier der älteste Veteran der Nordwerke, Ruffeher a. D. Konrad Abt. Er war der letzte der Arbeiter, die 1862 bei der Gründung der Nordwerke in den Dienst dieses Unternehmens eintraten.

Frankfurt. In den nächsten Tagen wird hier in den Räumen Kaiserstr. 44 p. eine Ausstellung eröffnet, die dem Publikum zeigen soll, was die „Erfolglose-Gesellschaft“ als Erfolg für die Fußbedeckung usw. bietet.

Frankfurt. Der hier wohnhafte Daniel Ditz, Bahnstraße 24, fand am letzten Montag in Ludwigshafen eine Geldtasche mit 45 000 Mark Inhalt, die ein Beamter der dortigen Kriminal- und Sozialabteilung verloren hatte. Da die Tasche den Stempel der Firma trug, lieferte Ditz sie samt Inhalt bei der Fabrik ab. Die Direktion der Fabrik ließ dem Finder außer dem üblichen Finderlohn noch eine Belohnung von 3000 Mark überreichen.

Bad Homburg. Die bisher für den Besuch von Bad Homburg in Geltung gewesen scharfen Ausweisvorschriften sind bis auf weiteres in Wegfall gekommen.

Mainz. Die Kriegsspionage, d. h. die hochgeleitete Keroosität der Bevölkerung infolge des Krieges, insbesondere der Fliegergefahr, zeitigte Montagabend im Stadthaus einen bezüglichen Zwischenfall. Zu Anfang des dritten Aktes des Stückes „Remisenfreunde“, als eben der Gast, Herr Bassermann, im vollsten Redefluss war und das Publikum ergriffen lauschte, vernahm man mehrfache von außen kommende Geräusche, welche von einem Teil der Besucher als Explosionen aufgefaßt wurden. Als Flieger oder doch Fliegeralarm! Wie ein Blitz ging es durch die familiären Reihen der Plätze und alle Anwesenden erhoben sich zum eiligen Fortgehen. Laute Rufe von Besonnenen, Ruhe zu bewahren und ein paar Worte des Spielers von der Bühne herab, daß das Haus guten Schutz biete, verbrühten glücklicherweise eine Panik. Das Publikum verließ ohne große Hast den Innenraum unter Mitnahme der Garderobestücke und sammelte sich, wie für Gefährfälle vorgeschrieben,

in dem unteren Raum vor der Kasse, der sicheren Schutz gewährte. Ein Teil strebte aber auch dem Heim zu. Auf der Straße war man aber überfordert von der großen Ruhe, auch die Straßenbahnwagen verkehrten, ein Beweis, daß kein Grund zur Beunruhigung vorlag. Es war kein Alarm erfolgt, noch hatten irgendwelche Explosionen stattgefunden. Was aber hatte man im Theater angeblich gehört? Dampfe Schläge zweifellos; sie sollten aber durch Türzuschlagen oder auch durch Aufschlagen von Bierfässern im Restaurationslokal des Theaters verursacht worden sein. An und für sich Kleinigkeiten, sonst kaum beachtet, in heutiger Zeit aber, wie sich Montagabend wieder gezeigt, Ursache zu einer Aufregung, die unter Umständen die schlimmsten Folgen haben konnte. Es sei deshalb nochmals Ruhe und Besonnenheit anempfohlen, wo sich irgendwelche Veranlassung zur Aufregung bietet. Vom Büro des Stadttheaters schreibt man darüber: Infolge eines Mißverständnisses des Regisseurs, hervorgerufen durch ein im Theater hörbares Aufschlagen, wurde während des 3. Aktes der Vorstellung Fliegeralarm gemeldet und das Publikum aufgefordert, sich nach den unteren Räumen des Theaters zu begeben. Dies geschah auch in aller Ruhe und Besonnenheit. Nachdem der Sturm aufgeklärt war, forderte Herr Direktor Jolaud zur Wiedereröffnung der Plätze auf und die Vorstellung konnte ungehört ihren Fortgang nehmen. Das Vorkommnis gibt selbstverständlich Veranlassung, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Irrtümer in Zukunft ausgeschlossen sind und instruktionsgemäß Fliegeralarm nur dann von der Bühne herab bekannt gegeben wird, wenn eine offizielle Benachrichtigung über Fliegergefahr vorliegt, die dem Theater sofort von der Behörde übermittelt wird. Andererseits hat der „Probieralarm“ das erfreuliche Ergebnis gehabt, feststellen zu können, daß bei Bewahrung von Ruhe und Besonnenheit wie gestern, das Haus in kürzester Zeit geleert und das Publikum schnellstens in den dafür bestimmten sicheren Räumen untergebracht ist.

Beim Spielen auf einem Floße stürzte Montag im hiesigen Fließhafen ein 14-jähriger Junge in den Rhein und ertrank. Die Leiche des Knaben wurde bald darauf gefunden. Am gleichen Tage wurde aus dem Rheine die Leiche einer jungen Frau in den 30er Jahren gefunden. Die Person der Toten konnte bisher nicht festgestellt werden. Sie lag anscheinend schon wochenlang im Wasser.

Ein frecher Straßenraub wurde Montag nachmittag durch mehrere 9—10-jährige Jungen an einer jungen Kriegerfrau von hier ausgeführt. Die Frau hatte in einer Munitionsanstalt ihren Lohn im Betrage von 70 Mark vereinnahmt. Als sie auf dem Heimwege vor einem Geschäftshause stand, um die Ausgaben zu betrachten, machten sich drei Schulkinder an sie heran, als ob sie auch den Laden betrachten wollten. Dabei nahmen sie der Frau mit raschem Griff das Portemonnaie, das diese eben in ihre Schürzentasche gesteckt hatte, hinweg und verschwanden damit in schnellem Lauf. Die Frau bemerkte erst nach dem Weglaufen der Jungen ihren Verlust. Die sehr jugendlichen Räuber konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Bingen. Sonntag vormittag wurden hier vier französische Offiziere in Zivilkleidung verhaftet, die aus dem Gefangenenlager in Ingolstadt entflohen waren. Sie kamen mit dem Frankfurter Personenzug um halb 10 Uhr an und erkundigten sich über die Weiterfahrt nach Köln. Bei dem vorgenommenen Verhör gaben sie so wohl über ihre Persönlichkeiten als über Zweck und Ziel der Reise Auskunft. Nach Erledigung der Formalitäten erfolgte der Rücktransport.

Daß der Deutsche standhaft in Not und Tod, hat niemand auf Erden bezweifelt. Daß aber seine Kraft auch auf wirtschaftlichem Gebiet als unerschütterlich sich erweist, kam über die Welt wie eine neue Offenbarung. Auch die achte Kriegsanleihe soll und wird zeigen, daß Deutschland unüberwindlich ist.

Mar Wailraj, Staatsminister.

An unsere Frauen.

Wir stehen in der 8. Kriegsanleihe und sind schon heute gewiß, daß auch ihr Erfolg von neuem Zeugnis ablegen wird von der Opferwilligkeit, von dem Siegeswillen und der ungeschmälerten wirtschaftlichen Kraft unseres Volkes zur siegreichen Vollendung des ihm aufgegebenen schweren Völkereinsatzes.

Uns deutsche Frauen aber erfüllt es mit berechtigtem Stolz, daß auch wir — und zwar in immer steigendem Maße — mit teilhaben dürfen, an der Aufbringung all dessen, was das Vaterland in schwerster Entscheidungsfunde zu seiner siegreichen Verteidigung und zu dauernder Sicherung unseres heimatlichen Friedens bedarf.

Schon sehen wir wohl am Morgenhimmel des Ostens die ersten Strahlen eines herausleuchtenden Völkertums ausstrahlen. — Aber noch gilt es den schwersten Entscheidungskampf auch mit unseren unerschöpflichen Feinden im Westen siegreich zu bestehen.

Wohlan! — auch wir, deutsche Frauen, werden tun, werden gehen und werden werden so weit nur unsere Kräfte reichen, um dem Vaterlande auch an Geldmitteln darzubieten, was es zur siegreichen Vollendung seines Kampfes braucht.

Gräfin von Schwerin-Löwitz.

Bermischtes.

Enkirch (Mosel). Ein 16-jähriger Bursche schoß nach Vögeln, traf dabei aber ein junges Mädchen in die Brust, so daß es schwer verletzt zusammenbrach.

Mainz. Das große Los der Borniser Dombaulotterie mit 50 000 Mark gewann der Weidenwälder Fr. Steinhauer hier. Das Urteil im Graubener Gismordprozess. Nach mehrwöchiger Verhandlung wurde gestern der Gismord-Prozess Kieper zu Ende geführt. Die Angeklagte, Frau Kieper, wurde nach dem Wahrpruch der Geschworenen von der Anklage des Gismordes an ihrem Gatten freigesprochen. Der Verteidiger kündigte an, daß er einen Antrag auf Entschädigung der Frau Kieper für die Unternehmungshaft und die verbüßten 6 Jahre Zuchthaus stellen werde.

Wie die Franzosen ihre Gefangenen quälen!

Daß die Franzosen in ihrer völkerrichtswidrigen Behandlung der Kriegsgefangenen auch vor Schrecken und Wunden und Kranken nicht haltmachen, geht aus der folgenden eblischen Vernehmung des Interrogations B. hervor: „Im Hospital, Kaiserstr. 44 p. waren etwa 1000 meist schwerverwundete Deutsche untergebracht. Die ärztliche Behandlung war hier gut, da nur deutsche Ärzte und Schwestern tätig waren. Es waren jedoch weder Medikamente noch Nahrungsmittel genügend vorhanden, so daß in den zwei Wochen meines dortigen Aufenthaltes 88 Mann größtenteils an Entkräftung und Unterernährung starben. Nach einem vergeblichen Fluchtversuch wurde ich mit 30 Tagen Arrest und mit Internierung bis zum Friedensschlus auf der Festung Corte auf Korsika bestraft. Während des Transportes nach Korsika wurden wir in einem Fort bei Moricille sechs Tage untergebracht. Hier war die Behandlung sehr schlecht. Wir wurden dort zu 42 Mann in einem kleinen dunklen Raum eingesperrt, in dem das Wasser an den Wänden herunterlief und frische Luft keinen Zutritt hatte. Zu unserer Ernährung erhielten wir nur morgens und nachmittags eine Wasserschuppe und etwas Brot. Schlofen mußten wir auf dem Zementfußboden ohne Unterlage und ohne Decken. In dem Raum war es sehr kalt, da er unmittelbar am Meere lag. Ich kam jedoch nicht nach Corte, sondern wurde vom 3. Februar bis 21. Mai 1915 in der Disziplinarkaserne St. F. interniert. Hier war die Behandlung während meiner ganzen Gefangenschaft bei weitem am schlechtesten. Ich wurde hier, obwohl ich meine Strafe von dreißig Tagen wegen Fluchtversuchs verbüßt hatte, während der ganzen Zeit in Dunkelzelle gehalten. Wir waren in einem kleinen dunklen Raum, wucht mit fünf, dann mit acht Mann untergebracht. Wir wurden hier dauernd von dem Aufpasserpersonal auf das Genaueste beschimpft und gekostet. Bei den allergeringsten Anlässen wurden die schwersten Strafen über uns verhängt. Strafen unter dreißig Tagen Einzelhaft kamen überhaupt nicht vor. Offiziersgeleiteter D., der von einem Sergeanten gestochen war, beschwerte sich hierüber und bekam für diese Beschwerde 60 Tage Einzelarrest, während der Sergeant nur bestraft wurde. Während der ganzen Zeit wurden wir täglich nur fünf Minuten aus dem dunklen Raum herausgelassen, um uns zu waschen. Das Essen war sehr schlecht zubereitet. Es gab jedoch für uns acht Mann so wenig, daß bequem ein Mann es hätte essen können,

Hier habe ich mir auch meine Lungenüberkuse zugezogen. Unt hin und wieder an die Luft zu kommen, hatten wir gebeten, arbeiten zu dürfen, worauf wir ein- bis zweimal in der Woche je zwei Stunden herausgelassen und mit Steineffekten beschäftigt wurden. In dieser Beschäftigung, die möglichst an Tagen, an denen es sehr schlechtes Wetter war, vorgenommen wurde, mußten sich alle Dienstgrade beteiligen. Auch der Leutnant R. von einem Kürassierregiment. — Kein Wort der Entrüstung ist laut genug für diese Schandbluten einer angeblichen Kulturturn wehrlosen Gefangenen gegenüber.

Die Reispump.

In Rußland ist die Pump kaputt. Der Staat, der ist bankrott. Die Bolschewitskischen sich uf — Wahrscheinlich! Es ist zum Spott.

De Franzmann und die Engländermann. Des Pumpe mit verdrückt, Doch, was erauskommt, ist verloren, Well's ab ins Ausland fliekt.

Die beste Pump hun mir bejam, Die is noch unserm Sinn: Was owe werd erausgepumpt, Desst unne wider nin.

Drum, stower Michel, seit nit dumm In halt bei Pump im Stand; Pump kräftig noch um achtemol — Des Geld, des bleibt im Land!

Bunte Allerlei.

Gießen. Das jugendliche Söhnchen des Wagenführers Schöne weiß wurde in der Bahnhofstraße von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren und getötet. Der kleine Körper war vollständig zerhackt, als man ihn abfuhr.

Dortmund. Bei der Befichtigung der eingekerkerten Kartoffeln ist ein Abgang von 8,3 bis 7 Prozent festgestellt worden. Andere Städte haben zum Teil wesentlich höhere Verluste zu verzeichnen. Kieve. Bei der Ablieferung von Sped aus Hauschlachtungen kamen in der kleinen Gemeinde Keppen über 1000 Pfund zusammen, nachdem kürzlich bereits 700 Pfund zur Ablieferung gebracht worden waren.

Wb Celle, 18. März. Bei der Festnahme des polnischen Arbeiters Johann Schmiel, der am 9. März den Gemeindevorsteher Hoefener aus Steinförde erschossen hat, gab der Verbrecher auf den ihn verfolgenden Polizeibeamten Radomski zwei Schüsse ab, von denen der zweite den Beamten tötete. Der Mörder wurde festgenommen, nachdem er weitere Schüsse auf seine Verfolger abgegeben hatte.

Neueste Nachrichten.

Zu Fürst Richnowskys Schrift heißt es in der „Voll. Ztg.“: Wir wundern uns lange, daß das Ausland von diesen merkwürdigen Denkwürdigkeiten so lange keine Kenntnis genommen hat. Es stand seit Jahren zu erwarten, daß die ausländische Presse sich diesen fetten Happen gut munden lassen würde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Fürst Richnowsky dürfte kein Stück seiner Schrift aus der Hand geben, da er genau abzuschätzen fähig war, daß das Bekanntwerden außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches im Sinne einer hochverräterischen Handlung wirken würde. Die Sache des deutschen Reiches wird dadurch nicht geschädigt, daß ein international führender und vom englischen Befehl völlig bezauberter ehemaliger Diplomat, welcher das Wesen der englischen Politik nie begriffen hat, sich auf die Seite der Feinde des deutschen Reiches stellt.

Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt: Es ist im Ausnahmefall gesagt worden, daß Fürst Richnowsky nicht erst zu nehmen sei. Wir möchten das nicht unterschreiben. Er ist von der englischen Zeit ganz benebelt, überschätzt seine eigene Tätigkeit und lebt in der pazifistischen Illusion, die sich von einem Feinde nichts Schlechtes verfehen kann, das alles in Harmonie auflöst, wenn auch die Macht des eigenen Staates dabei zu Grunde geht. Wenn er sich aber von England und seinem verehrten Meister abwendet, so fällt er manche treffende Urteile, von denen wir das überlebensfähige des sterbenden Dreikundes und die unheilvolle Nachgiebigkeit gegen Oesterreich und Italien, die albanische Komödie ziemlich unterschreiben. Wenn auch Richnowsky irrt, daß er glaubt, Oesterreich hätte unter allen Umständen an unserer Seite bleiben müssen. Die Umwerbung Oesterreichs durch die Entente besagt das Gegenteil. Unser Schaden war, daß wir unter Bethmann Hollwegs Führung es Oesterreich überließen, statt als stärkster Staat auf der Führung zu beharren.

Der Tauchbootkrieg.

Wba Berlin, 19. März. U-Bootesfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 13 000 Bruttoregistertonnen. Ein tief beladener bewaffneter Dampfer wurde an der englischen Ostküste aus stark gefährlichem Geleitzuge herausgeschossen. Ein anderer Dampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, verlor augenblicklich nach der Torpedobetonation. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Mittwoch-Tagesbericht.

Wb Amlich. Großes Hauptquartier, 20. März. Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppen Kronprinz Ruprecht und Deutscher Kronprinz. Zwischen der Küste und dem La Basse-Kanal dauerte die regte Erkundungstätigkeit fort. Das in diesem Abschnitt am Morgen ablaufende Artilleriefeuer nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu.

An der übrigen Front lebte die Gefechtsfähigkeit nur in den Abendstunden südwestlich von Cambrai, zwischen Oise und Weste, nördlich von Berry-au-Bac und an einzelnen Stellen der Champagne auf.

Heeresgruppen Gailwih und Herzog Albrecht. Der Feuerkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die beiden feindlichen Artillerien bekämpften sich vielfach mit größerem Munitionseinsatz. Nordöstlich von Bures brachte ein Angriffsunternehmen Gefangene und Maschinengewehre ein.

Starke Tätigkeit entwickelte der Feind im Paronvalde. Das vom frühen Morgen sich steigende Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abschnitten von Plamont und Badoonvillers war die französische Artillerie reg.

Defilischer Kriegsschauplatz. In der Ukraine haben wirksamerbergische Truppen längs der von Olmopol nach Nordosten führenden Bahn vorgehende Truppen bei Nowo-Ukrainka stärkere Banden im Kampf vertreiben. Der vertragsgemäß am 19. März abgelaufene Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 22. März Mitternacht verlängert. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Jagdverpachtung.

Montag, den 25. März ds. Js., mittags 1 Uhr, wird auf dem Rathaus dahier die gemeinschaftliche Jagdverpachtung ab 1. April ds. Js. auf 6 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet. Das Jagdgebiet enthält circa 2000 Morgen Feld und 315 Morgen Wald und ist sehr ergiebig an Hasen, Hühnern und Rehen. Bahnstation mitten im Jagdgebiet. Bedingungen liegen auf dem Rathaus hier zur Einsicht offen, Stadt, den 3. März 1918.

Der Jagdvorsteher. Klein Schmidt, Bürgermeister.

291